



# Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Partizipation und Transparenz sind die Basis für deren nachhaltige Lösung

*Erderwärmung, Armut, globale Migration, demografischer Wandel, Erschöpfung natürlicher Ressourcen, Korruption und Misswirtschaft – diese Themen stellen einen Ausschnitt der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit dar. Bisherige Lösungsansätze stoßen immer mehr an ihre Grenzen – nicht nur an nationalstaatliche. Neue Denkweisen, transformative Visionen und gemeinwohlorientierte Verfahren müssen für diese komplexen Probleme entwickelt werden, um zu nachhaltigen Lösungen zu kommen. Dabei sind Partizipation und Transparenz elementare Bestandteile.*

## **G**lobale Herausforderungen benötigen nachhaltige Lösungsansätze.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Welt vor großen Veränderungen: internationale Märkte wachsen immer stärker zusammen, grundlegend neue Technologien werden entwickelt, die Digitalisierung ermöglicht eine zunehmend internationale Vernetzung und die Wissensintensität steigt. Gleichzeitig bleiben globale Ungleichheiten bestehen, soziale und ökologische Standards werden missachtet, Verteilungskonflikte um Ressourcen führen zu Unruhen oder Machtkämpfen. Es sind oftmals die Ärmsten, die von den Kennzeichen und Folgen großer gesellschaftlicher Herausforderungen am stärksten betroffen sind, etwa durch Naturkatastrophen, Epidemien, Verknappung bestimmter Ressourcen oder ökonomisch induzierten Umweltproblemen.

Die Vereinten Nationen haben mit der Verabschiedung der Agenda 2030 und der Verkündung der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) im letzten Jahr die Aufmerksamkeit auf die hohe globalgesellschaftliche und interdisziplinäre Komplexität sowie den akuten Handlungsbedarf gelenkt.

## **Nachhaltigkeit nur durch Gemeinwohlorientierung.**

Bei einer Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderungen handelt es sich um sogenannte „soziale Dilemmata“, in denen ein rein egoistisches Verhalten ohne ausreichende Kommunikation, Transparenz und Spielregeln zwar kurzfristige Vorteile für den Einzelnen bringen kann, aber zu einem schlechteren Ergebnis sowohl für die Allgemeinheit, langfristig aber auch für den Einzelnen führt.

Es müssen daher Ansätze zur Entscheidungsfindung entwickelt werden, die langfristig das Gemeinwohl und die Generationengerechtigkeit im Auge haben und kein Einfallstor für die Dominanz bestimmter Partikularinteressen bieten. Das bedeutet auch, dass mögliche Lösungswege nicht ausschließlich national oder durch wenige, exklusive Akteure oder einzelne Wissenschaftsdisziplinen bestimmt werden können. Auch bloße Erwartungshaltungen an Regierungen greifen zu kurz: Regierungen verfügen zwar über die notwendige Legitimation, nationale Entscheidungen zu treffen, viele der aktuellen Herausforderungen, wie Klimawandel und Migration, machen jedoch nicht an nationalstaatlichen Grenzen halt. Zudem ist der



Zeithorizont nationaler Entscheidungsträger regelmäßig viel kürzer als die zeitliche Dimension bedeutender globaler Politikfelder. Vor dem Hintergrund der Komplexität der Herausforderungen und fehlender oder zumindest nur unzureichender Lösungsprozesse durchlaufen unsere Demokratien aktuell eine gravierende Glaubwürdigkeitskrise. Politische Entscheidungen werden zunehmend als parteiisch, einseitig oder bürgerfern betrachtet. Vor allem der Einfluss von finanzstarken Interessenvertretungen wird als problematisch wahrgenommen.

Gemeinwohlorientierte und langfristig akzeptierbare politische Entscheidungen müssen hingegen unter Beteiligung möglichst diverser Interessenvertreter gemeinsam gefunden werden. Es reicht nicht, sie allein durch einzelne Ministerien, Expertenkommissionen oder bilaterale Gespräche zwischen Politik und Wissenschaft, oder Politik und Wirtschaft aushandeln zu lassen.

### **Perspektivenvielfalt als Basis für gemeinwohlorientierte Entscheidungen.**

Zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen bedarf es daher der Zusammenarbeit aller relevanten Akteure. Dazu zählt neben Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auch die organisierte Zivilgesellschaft, die in der Rolle als „sozialer Innovator“ und „watchdog“ sowohl herausfordernd als auch ausgleichend auf Entscheidungssysteme und Umsetzungsapparate wirkt.

Die antagonistische Kooperation dieser Stakeholdergruppen deckt aufgrund der unterschiedlichen Funktionen, Erfahrungen und Machtpotenziale der Akteurinnen und Akteure ein breites Spektrum wesentlicher gesellschaftlicher Perspektiven ab. Eine solche

Multi-Akteurs-Kooperation ist auf Transparenz angewiesen. Sie wirkt wiederum in sich transparenzfördernd, indem die unterschiedlichen, oft konflikthaften Interessen und Positionen einander gegenübergestellt und damit offengelegt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um gesellschaftsrelevante Entscheidungen fair und vertrauensbildend zu gestalten: wer mitwirkt, fühlt sich nicht übergangen und kann überdies seine Sicht der Dinge vertreten.

### **Good Governance als normative Wertvorstellung für nachhaltige Lösungen.**

Für eine effektive Zusammenarbeit von Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erscheinen herkömmliche Steuerungs- und Kontrollformen traditioneller Exekutiven unzureichend, denn sie haben an Problemlösungskapazität und auch an Vertrauen verloren. Neue Problemlösungsmodelle, die die Defizite kompensieren, müssen flexibler sein und einen erheblichen Koordinationsbeitrag leisten. Hierarchisch-strenge Strukturen nationaler Regierungen müssen daher durch neue Governance-Ansätze ergänzt werden. Diese beziehen sich auf verschiedene Formen des dynamischen Zusammenwirkens staatlicher und nichtstaatlicher Akteurinnen und Akteure in Steuerungsprozessen, um zu kollektiven Regelungen gesellschaftlicher Herausforderungen zu kommen. Diese Governance-Ansätze können sowohl für Staaten oder internationale Organisationen, als auch für Universitäten, Unternehmen, Kommunen, oder andere regionale und globale Institutionen und Aktivitäten nützlich sein.

Damit das Zusammenwirken allen Akteurinnen und Akteuren einer bestimmten „kollektiven Herausforderung“ zugutekommt, sollte



die Governance in ihrer Akteurskonstellation, ihrem Interaktionsmodus und der Art der Entscheidungsfindung einigen Kriterien gerecht werden. Nur dann kann von einem guten Problemlösungsmodell bzw. einer *Good Governance* gesprochen werden.

Zwar gibt es keine global fest definierten Charakteristika, wann eine *Governance* das Attribut *good* verdient. Dennoch haben verschiedene internationale Akteure wie Weltbank, Europäische Union, OECD und die Vereinten Nationen Kriterienkataloge entworfen, die sich in ihren Ansätzen und Argumenten sehr ähneln. Demnach sollte sich eine *Good Governance* u.a. an den Prinzipien Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effizienz und Effektivität, Konsensorientierung und Kohärenz orientieren. Diese Kriterien sind weder erschöpfend, noch eindeutig operationalisierbar. Vielmehr sind es normative Wertvorstellungen, wie Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden sollten, um zu nachhaltigen Lösungen zu gelangen.

### **Good Governance braucht Partizipation und Transparenz.**

Im Rahmen der *Good Governance*-Kriterien spielen Partizipation und Transparenz als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle.

Sie beeinflussen das Interaktionsverhältnis aller Akteure. Erst wenn alle Betroffenen und Beteiligten ihre Interessen offenlegen (Transparenz) und in einem deliberativen Entscheidungsprozess zu einem bestimmten gesellschaftlichen Problem einbringen können (Partizipation), ist es überhaupt faktisch möglich, einen nachhaltigen Konsens zwischen diesen Interessen auszumachen.

In der Praxis unterscheiden sich partizipative Verfahren in der Art der Beteiligung (z.B. Information, Konsultation, Mitbestimmung) und hinsichtlich der Verfahrenspunkte, an denen sie ansetzen: dienen sie der reinen Situationsdiagnose und Problembeschreibung, sollen Ziele festgelegt oder gar Problemlösungsvorschläge entschieden werden? Bei intensiveren Formen der Partizipation, die über einen punktuellen Informationsaustausch hinausgehen, sind die Anforderungen an die Prozesse höher und bergen eine Reihe von Spannungsverhältnissen zwischen Faktenwissen, gesellschaftlichen Realitäten, der Wahrnehmung von Unsicherheiten, und den verschiedenen Interessen auf individueller und kollektiver Ebene. Andererseits ermöglichen sie eine vertrauensvolle, längerfristige Kommunikation mit der Chance, Sichtweisen zu begründen, abzugleichen und damit zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einem kollektiven Lernprozess beizutragen. Dies liegt nicht zuletzt auch an der Pluralität der Wissensquellen, die in den Entscheidungsprozess einfließen, wenn diverse Stakeholder teilnehmen. So können die Substanz von Entscheidungen sowie deren Umsetzungsprozesse verbessert werden.

Partizipative Verfahren stellen jedoch nicht nur durch den Austausch unterschiedlicher Perspektiven eine Transparenz der Argumente her, Partizipation benötigt ihrerseits auch Transparenz. Ohne Zugang zu relevanten und für die Entscheidungsfindung notwendigen Informationen, können sich die Akteurinnen und Akteure nicht effizient an den partizipativen Prozessen beteiligen. Insbesondere durch die oft hohe Komplexität von gesellschaftlichen Herausforderungen ist dies keine leichte Aufgabe. Es ist jedoch eine eindeutige Voraussetzung, um ein gemeinwohlorientiertes Zusammenwirken von Politik, Unternehmen



und der Zivilgesellschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Partizipation und Transparenz greifen daher ineinander und sind gemeinsam Voraussetzungen für die nachhaltige Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

**Wir stärken Transparenz und Partizipation für nachhaltige Lösungen von gesellschaftlichen Herausforderungen.**

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform sieht sich im Dienst der Förderung von *Good Governance*. Für uns gehört dazu wesentlich, die Legitimität und Nachhaltigkeit demokratischer Verfahren und Entscheidungen zu stärken, um somit einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftsrelevante Entscheidungen nur dann gestärkt und legitimiert werden können, wenn der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbessert wird. Aus dieser Grundüberzeugung heraus entwickeln wir Konzepte und Projekte für nachhaltige und gemeinwohlorientierte Lösungen unter der Beteiligung möglichst diverser Perspektiven.

Unser **Dialog-Verfahren** ist ein erprobter Ansatz, um Diskussionen fair und vertrauensbildend zu gestalten und nachhaltige Entscheidungsprozesse fundiert vorzubereiten. Auf Basis einer deliberativen Diskussionsmethodik bieten Dialoge Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Wissenschaft eine Arena, um unterschiedliche Perspektiven, Interessen und Sachargumente ausdrücklich zu artikulieren und damit transparent zu machen. Das Konzept basiert auf zwei Schritten: die Akteurinnen und Akteure tauschen sich im Rahmen einer eintägigen Veranstaltung aus und im Anschluss erfolgt eine wissenschaftliche Auswertung der

Diskussion. Im Vorfeld von Entscheidungen zeigen Dialoge gesellschaftlich-reflektierte Grundkonsense auf, die eine gemeinwohlorientierte Entscheidungsfindung unterstützen. Auf Basis unseres Dialog-Verfahrens konnten bereits für eine Reihe von gesellschaftlichen Herausforderungen Grundkonsense identifiziert werden wie in verschiedene Bereichen der Energiewende, der Finanzmarktreform und der Arbeitszeitflexibilisierung.

Unsere **Transparenzinitiativen** knüpfen an die Prämisse: Partizipation durch Transparenz. Durch den Zugang zu wichtigen Informationen in einem bestimmten Handlungsfeld soll mehr Teilhabe an zukünftigen Entwicklungen und Entscheidungen ermöglicht werden. Das wird über die Inklusion relevanter Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft motiviert. Auf dieser Basis etablieren wir gemeinsam mit Partnerorganisationen globale Transparenzinitiativen, etwa im Bereich der nachhaltigen Fischerei, zur Umsetzung von Arbeitsstandards in den globalen Bekleidungsindustrien, oder zu Klimadaten. Diese Initiativen tragen zu einem bewussteren Umgang mit natürlichen und sozialen Ressourcen im Sinne der Nachhaltigkeit bei.

Alle Dialoge und Transparenzinitiativen beruhen auf dem Ansatz, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten aktiv zusammenzubringen mit dem Ziel, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Mehr zu den einzelnen Projekten und Initiativen auf [www.governance-platform.org](http://www.governance-platform.org).